

Europagespräche des Instituts für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim

23.01.2012 – Hansjörg Kretschmer: Zwischen Moskau, Sarajevo, Ankara und Kabul:
Reflexionen eines Diplomaten
(Brüssel)

Dr. Hansjörg Kretschmer studierte bis 1976 Jura und Volkswirtschaft in Tübingen und Freiburg. Von 1976 bis 78 war er als assistant lecturer an der University of Warwick tätig. Während dieser Zeit promovierte er zum Dr. jur. Ab 1978 arbeitete Kretschmer im Außendienst der Europäischen Kommission. Hier beschäftigte er sich zunächst mit Fragen der Handelspolitik, wobei er u.a. die Kommission bei den GATT-Verhandlungen in Genf und bei der OECD in Paris vertrat. In der Folge war er ab 1991 an verschiedenen außenpolitischen Brennpunkten (Moskau, Sarajevo, Ankara, Kabul) eingesetzt, wovon auch sein folgender Vortrag handeln wird. Vor seiner Pensionierung am 1. Mai 2011 war Kretschmer Leiter der Abteilung „Global Issues“ innerhalb des neu aufgestellten European External Action Service.

Kretschmer beginnt seine frei gehaltenen Ausführungen mit seinen Impressionen, die er gerade auf einem Erkundungsgang durch die Innenstadt Hildesheims gewonnen hatte. Am Knochenhaueramtshaus war ihm der Sinnspruch „Zuerst stirbt die Wahrheit, dann sterben die Menschen“ ins Auge gefallen. Dies, so Kretschmer, eigne sich hervorragend als Aufhänger für das, was er in seinen Reflexionen darlegen möchte. Die Wahrheit sei ein Grundelement menschlicher Würde und der Demokratie. Tatsächlich aber würden sich Politiker heute oft einer nurmehr formelhaften Sprache bedienen, leerer Worthülsen und Glaubenssätzen, die niemand überprüfen könne („Deutschland muss am Hindukusch verteidigt werden.“, „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“ usw.). US-Präsident Bush und sein Umfeld intervenierten in Afghanistan als Führer eines Landes, das sich gerne „under God and free enterprise“ sehe. Kretschmer sieht viel Heuchelei und Unwahrheit in unserer politischen Welt. Die Menschen sollten ihren Verstand zur Verteidigung der Demokratie verwenden. Einen vollgültigen „europäischen Außenminister“ gibt es bis heute nicht. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik hat keine eigene Machtbefugnis, da diese nach wie vor bei den Außenministern der souveränen Mitgliedstaaten liegen. Ihre Aufgaben sind zudem weit gestreut, denn neben ihrer eigentlichen Aufgabe, der EU-Außenpolitik, ist sie auch Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. Die EU unterhält derzeit ca. 130 außenamtliche Delegationen in der Welt. (Der Begriff ‚Botschaft‘ ist auch hier von den souveränen Nationalstaaten okkupiert.)

Von der Konzeption her sei der Vertrag von Lissabon (seit 2009 in Kraft) gut gedacht, meint Kretschmer, denn die Macht der rotierenden Präsidentschaft sei nun begrenzt. Es gebe die Präsidentschaft der Kommission und des Rates, und außerdem noch die erwähnte Hohe Vertreterin. Dies sei zwar ein Fortschritt, aber eine zentrale Telefonnummer habe die EU deshalb noch immer nicht.

Auf seine im Titel genannten Amtsstationen anspielend, sah sich Kretschmer jeweils in der „glücklichen“ Position, zu jeweils sehr ereignisreichen Zeiten in eben jenen eingesetzt gewesen zu sein.

Als er ab 1991 in Moskau tätig war, erinnert sich Kretschmer, waren dort die Geschäfte leer. Es herrschte eine graue und bedrückende, aber irgendwie auch faszinierende Atmosphäre. Er berichtet von langen Spaziergängen durch die Hauptstadt des todkranken Sowjetimperiums. Im August 1991 war er Zeuge des versuchten Putsches gegen Gorbatschow, und am 25. Dezember desselben Jahres verfolgte er aus eigener Anschauung den Fahnenwechsel am Kreml. 74 Jahre Sowjetherrschaft waren plötzlich vorbei.

Dann wurde das Land geöffnet. Da die alten Flugsubventionen aus Sowjetzeiten beibehalten wurden, konnte Kretschmer nun „für ein Taschengeld“ fast die gesamte GUS bereisen. Als EU-Diplomat wurde er überall mit offenen Armen empfangen. Er brauchte nur bei den neuen Regierungsstellen in den ehemaligen Sowjetrepubliken anzurufen und zu fragen, ob er zwecks eines gegenseitigen Kennenlernens zu Besuch kommen könne und wurde überall mit offenen Armen empfangen. Besonders beeindruckt zeigt sich der Redner vom ersten georgischen Präsidenten Swiad Gamsachurdia (1991-92), der sogar Deutsch sprach und der später – vermutlich von Eduard Schewardnadse – „aus dem Weg geräumt“ wurde. Kretschmers tatsächlichen Funktionen und Kompetenzen waren in Moskau allerdings begrenzt. Die EU hatte Interesse an Reformen sowohl in der UdSSR als auch in Russland. Sie war bereit, hierfür technische Hilfsprogramme zu initiieren. Im Rückblick sei die EU in Bezug auf Russland viel zu optimistisch gewesen, meint Kretschmer. Man glaubte 1991/92 fest daran, dass das Land innerhalb kurzer Zeit prosperieren würde.

Kretschmers nächste Station war ab 1998 Sarajevo. Er war damals überrascht, wie westlich orientiert Bosnien-Herzegowina war, verglichen beispielsweise mit Bukarest, das hinsichtlich Lebensgefühls eher wie Moskau erschien. Sarajevo gab sich zwar westlich, entsprach in vielerlei Hinsicht jedoch nicht westlichen Vorstellungen: Bis heute sei es „ziemlich funktionsunfähig“. Die Lösung schien ein Sonderbeauftragter bzw. Hoher Repräsentant der UNO mit quasi-diktatorischen Vollmachten zu sein (z.B. 1999-2002 Wolfgang Petritsch, dann bis 2006 Paddy Ashdon, heute wieder ein Österreicher, nämlich Valentin Inzko) Auf diese Weise konnte man schnell und effektiv notwendige Entscheidungen durchsetzen. Die Bosnier verließen sich allerdings zu sehr darauf und lernten nicht die zur Demokratie notwendige innere Auseinandersetzung. Die Menschen in Bosnien-Herzegowina könnten die Vergangenheit nicht vergessen, dies gestalte das Zusammenleben zwischen den ehemaligen Kriegsparteien sehr schwierig. Zwar gebe es auch hier Ambitionen, der EU beizutreten, doch sei dies noch ein weiter Weg. Kretschmer erkennt keine „zeitlich abschätzbare Vision“. Der Ansatz der EU laute, dass derjenige Staat, der der Gemeinschaft beitreten wolle, zuerst die Verhältnisse im eigenen Land und mit den Nachbarn richten müsse.

Kretschmers nächste Station war ab 2002 Ankara. Mit der Türkei besteht seit 1963 seitens der EU ein Assoziationsabkommen. Am Pro-Kopf-Einkommen gemessen wäre die Türkei ein Entwicklungsland, aber nach einem Beitritt der größte Mitgliedsstaat.

Kretschmer berichtet von seiner Fahrt nach Ankara, die er von Deutschland aus mit dem privaten PKW bewerkstelligte. Ab Serbien seien die Straßenverhältnisse abenteuerlich gewesen, in der westlichen Türkei dann wieder ausgezeichnet, wobei dies freilich für die Türkei nicht repräsentativ sei.

Den Reformeifer der AKP unter Ministerpräsident Erdogan fand Kretschmer damals beeindruckend. Im Dezember 2004 schließlich wurden die offiziellen Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU eröffnet. Der damalige Außenminister Abdullah Gül, erinnert sich Kretschmer, wollte allerdings erst dann nach Brüssel fliegen, als klar war, dass er Erfolg haben würde. Mittlerweile habe er den Eindruck, dass der Reformeifer etwas erlahmt sei. Große Probleme seien noch zu lösen: zum Beispiel die Kurdenfrage, die eingeschränkte Meinungsfreiheit sowie die ebenfalls nur sehr eingeschränkte Religionsfreiheit. Zudem gebe es starke Spannungen zwischen säkular und muslimisch orientierten Kräften innerhalb der Türkei. Der „Kopftuchstreit“ sei hierfür ein Symptom.

Noch, lautet Kretschmers Fazit, sei die Türkei nicht reif für einen Beitritt. Und selbst wenn es zu einem solchen kommen solle, dann werde es jedenfalls noch lange dauern. Allerdings ist sich Kretschmer nicht sicher, ob das überhaupt gut wäre, denn die Türkei besitze „einfach noch nicht den europäischen Familiengeist“. Das Hauptinteresse der Türkei bestehe darin, endlich als vollwertiges Mitglied der europäischen Völkerfamilie Anerkennung zu finden.

Bislang sei die Haltung der EU zur türkischen Beitrittsfrage ambivalent. „Man lässt sich so treiben.“ Es könne sein, dass, da niemand ein klares Ja oder Nein ausspricht, steter Tropfen den Stein höhle und die Türkei nach jahrelangem Insistieren schließlich ihr Ziel erreicht und der Beitritt durchgewunken wird.

Von 2007 an war Kretschmer schließlich in Kabul. Es sei dies die „Phase des beginnenden Realismus“ gewesen. Jeder hatte zuvor angenommen, dass Afghanistan auf dem richtigen Weg sei. Stattdessen verschlechterte sich die Lage zusehends, und die Islamisten wurden immer stärker. Spätestens seit 2007 sei klar gewesen, dass man Afghanistan mit allein militärischen Mitteln nicht stabilisieren könne. Kretschmer sei einer der Ersten gewesen, die dies erkannt und ausgesprochen hätten. Die Festlegung des Westens auf einen Abzug spätestens 2014 verbessere die Lage nicht. Die Taliban geben sich mittlerweile wieder siegesgewiss: „Ihr habt die Uhren, wir haben die Zeit.“ Kretschmer bilanziert: „Die Mission ist gescheitert.“ Die Gründe des Scheiterns bestünden vornehmlich darin, dass die westlichen Strategien auf Ignoranz der afghanischen Verhältnisse beruhten und der Zeitrahmen zu eng gewesen sei.

„Letzten Endes war es ein unnötiger Krieg“, so Kretschmer. Bush hätte al-Kaida ausrotten wollen, doch die Welt sei durch diesen Krieg nicht sicherer geworden. Interventionen wie diese müssten von der Bevölkerung getragen werden. Dazu müsse man die andere Kultur auch kennen. Was aus westlicher Perspektive beispielsweise in Afghanistan wie Korruption erscheine, stellt aus afghanischer Sicht oft nichts Anstößiges dar: Auch der ehemalige König (Mohammed Sahir Schah, 1933-73) hatte sich die einzelnen Stämme durch gezielte Zuwendungen geneigt gemacht.

Erschreckend war für den Redner eine Umfrage in Pakistan, in der die dortige Bevölkerung nach ihrem größten Feind befragt wurde. Nicht, wie von ihm erwartet, „Indien“ sei die Antwort gewesen, sondern „USA“. Die ‚Mutter aller Konflikte‘ zwischen dem Westen und der arabischen Welt sei Palästina. Die Europäer allein könnten dort heute nicht viel ausrichten, doch die USA hätten in Palästina großen Einfluss.

Wie üblich schloss sich dem Vortrag eine angeregte Diskussion an. Im Zuge dieser stellte Kretschmer fest, dass er die westliche Iranpolitik für verfehlt hält. Anders als vielfach angenommen stehe die iranische Bevölkerung hinter dem Atomprogramm der iranischen Regierung. Die westliche Iranpolitik hänge jedoch eng mit dem Palästinenserkonflikt zusammen. Sein Ansehen und Vertrauen hatte der Westen bereits unter dem von ihm gestützten diktatorischen Shah-Regime verspielt.

Die Terrorismusfrage politisch zu lösen, überlegte Kretschmer auf eine weitere Frage, sei schwierig, denn die Taliban, von denen allerdings keine internationale Gefährdung ausgehe, würden beispielsweise auch aus den arabischen Ländern finanziert. Gerade unter den Wahabiten gebe es schwerreiche Religiöse.

Kretschmer sprach sich außerdem dafür aus, sich noch mehr als bisher für eine Stärkung der Frauenrechte einzusetzen, denn Frauen würden weniger als Männer nach gewaltsamen Lösungen trachten. Insofern führe die Gleichberechtigung „generell zu einer besseren Welt“. Die internationale Gemeinschaft, berichtete Kretschmer, sei „sehr schlecht darin, Lehren aus der Geschichte zu ziehen“. Die Fluktuation der Funktionsträger sei so hoch, dass vor Ort wiederholt dieselben Fragen von derselben Ausgangsbasis aus verhandelt würden. Das sei in Afghanistan besonders deutlich geworden. Leider sei es generell auch so, dass Diplomaten zwar eine gewisse historische und kulturelle Bildung mitbrächten, Politiker jedoch nicht, sondern eher von Ideologien und Pauschalurteilen geleitet würden.